

Recht auf Wohnen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: BAG Planen Bauen Wohnen
Beschlussdatum: 23.10.2019

Änderungsantrag zu W-01

Von Zeile 287 bis 290:

Um die kommunalen Bauämter zu unterstützen, wollen wir beim Bund (BBSR) eine Rechtsberatungsstelle einrichten ~~und diese darin unterstützen, mit Online-Katastern eine Übersicht über brachliegende und verfallende Grundstücke zu schaffen.~~ um Kommunen bei der der Ausübung von Vorkaufsrechten und weiteren Geboten zu unterstützen. Viele Kommunen erheben inzwischen Leerstände, Problemimmobilien, brachliegende und verfallende Grundstücke in Online-Katastern ihrer Geoinformationssysteme (GIS). So können Kommunen städtebauliche und soziale Missstände schnell erkennen und gegen diese vorgehen. Beim Aufbau und Betreiben dieser Systeme müssen der Bund und die Länder die Kommunen unterstützen. Oft haben Kommunen oder Genossenschaften Schwierigkeiten, den Ankauf zu finanzieren. Deswegen wollen wir

Begründung

mündlich